

# Wochenspiegel

## Darüber diskutiert Frankreich

24. Mai – 30. Mai 2025

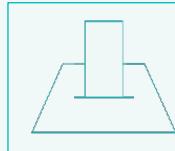
Am 27. Mai hat die französische Nationalversammlung in erster Lesung einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der das „Recht auf Sterbehilfe“ einführt. Mit 305 Ja- und 199 Nein-Stimmen bei 57 Enthaltungen haben sich die Abgeordneten dafür ausgesprochen, ein neues Recht auf Hilfe beim Sterben in der französischen Gesetzgebung zu verankern. Wie erwartet fiel die Abstimmung über die Parteigrenzen hinweg gemischt aus: Keine Fraktion stimmte geschlossen für oder gegen den Text – mit Ausnahme der 16 Abgeordneten der *UDR* von Éric Ciotti, die geschlossen dagegen stimmten. Die Abgeordneten der vier linken Fraktionen sowie die Zentristen von *MoDem*, dessen Parteichef Premierminister Bayrou ist, und die Abgeordneten der Macron-Partei *Renaissance* stimmten mehrheitlich für den Vorschlag. Bei der Mitte-Rechts-Faktion *Horizons*, deren Parteivorsitzender der Präsidentschaftskandidat und ehemalige Premierminister Édouard Philippe ist, stimmte die Hälfte dafür und die andere Hälfte dagegen. Bei den *Républicains* und beim *Rassemblement National* wurde der Vorschlag hingegen weitgehend abgelehnt.

Premierminister François Bayrou hat sich am Dienstag, dem 27. Mai, dafür ausgesprochen, dass sich die Sozialpartner mit dem Thema der „TVA sociale“ (Sozialsteuer) befassen. Diese ursprünglich 2012 von Nicolas Sarkozy eingeführte und später von François Hollande abgeschaffte Politik sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor, um im Gegenzug die Sozialabgaben zu senken und somit die Löhne zu erhöhen. Bayrou betonte, dass das französische Sozialsystem vor Finanzierungsproblemen stehe und die Arbeit in Frankreich nicht ausreichend belohnt werde. Er zeigte sich offen dafür, die gesamte Struktur der Sozialfinanzierung zu überdenken. Die Maßnahme ist jedoch umstritten: Manuel Bompard von der linkspopulistischen *La France Insoumise* kritisierte sie scharf und bezeichnete sie als „die ungerechteste Steuer“, da sie einkommensunabhängig ist und ärmere Haushalte prozentual stärker belastet. Auch Präsident Emmanuel Macron hatte Mitte Mai eine Reform des Sozialmodells angeregt, indem er eine stärkere Finanzierung über den Konsum statt über die Arbeit forderte, ohne jedoch die Sozialsteuer explizit zu nennen. Bayrou kündigte außerdem an, Anfang Juli einen mehrjährigen Sanierungsplan für die öffentlichen Finanzen vorzulegen, der von allen Franzosen Anstrengungen verlangen werde.

Emmanuel Macron ist Anfang der Woche nach Südostasien gereist, um dort drei Staatsbesuche zu absolvieren. Er wurde am 26. und 27. Mai in Vietnam empfangen, besuchte anschließend am 28. und 29. Mai Indonesien und schloss seine Reise am 29. und 30. Mai 2025 in Singapur ab. Diese Reise stellte einen weiteren Schritt der im Jahr 2018 eingeleiteten französischen Strategie für den Indopazifik dar. In Vietnam kündigte Emmanuel Macron die Unterzeichnung mehrerer Abkommen an, darunter den Verkauf von 20 Flugzeugen des Typs Airbus A330neo an die private vietnamesische Billigfluggesellschaft Vietjet. Mit Indonesien wurden Kooperationsabkommen im Gesamtwert von 17 Milliarden Euro angekündigt. Diese beinhalteten unter anderem eine Bestellung von 42 französischen Dassault-Rafale-Kampfflugzeugen durch Jakarta, deren erste Lieferung für Anfang 2026 erwartet wird. Indonesien kündigte außerdem den Kauf von zwei U-Booten des Typs Scorpène Evolved und 13 Abfangradargeräten für die Bodenkontrolle des französischen Unternehmens Thales an. In Singapur traf sich Macron mit seinem singapurischen Amtskollegen Tharman Shanmugaratnam und Premierminister Lawrence Wong. Am Freitagabend wird er die Eröffnungsrede des Shangri-La Dialogs halten, dem größten Forum für Sicherheit und Verteidigung in Asien.

Die französische Gesundheitsministerin Catherine Vautrin hat am 29. Mai Verschärfungen in Bezug auf das Rauchen im öffentlichen Raum verkündet. Ab dem 1. Juli 2025 wird das Rauchen an Stränden, in öffentlichen Parks und in der Nähe von Schulen verboten. Geschützt werden sollen dabei insbesondere Kinder und die Zigarette dort verschwinden wo Kinder sind, insbesondere auch an Mittelschulen und Gymnasien. Die Ministerin betonte, dass die Freiheit zu rauchen dort ende, wo das Recht der Kinder beginne, saubere Luft zu atmen. Der entsprechende Erlass wurde zusammen mit dem Verband der französischen Bürgermeister ausgearbeitet und wird derzeit vom Staatsrat abschließend geprüft. Die Einführung rauchfreier Zonen ist Teil des im November 2023 gestarteten nationalen Programms zur Tabakbekämpfung. Das Programm wurde vom damaligen Gesundheitsminister Aurélien Rousseau mit dem Ziel vorgestellt, „eine tabakfreie Generation ab 2032“ zu schaffen. Bis heute wurden bereits fast 7.000 rauchfreie Zonen von 1.600 freiwilligen Gemeinden eingerichtet, darunter Strände, Parks, Skipisten und Umgebung von Schulen. Elektronische Zigaretten sind von den Maßnahmen nicht betroffen.

PARLAMENT,  
PARTEIEN &  
PERSONEN



Der ehemalige Bürgermeister von Paris, **Jean Tiberi**, ist im Alter von 90 Jahren gestorben. Er war über vierzig Jahre lang Abgeordneter des 5. Pariser Arrondissements, galt als enger Vertrauter von Jacques Chirac und wurde 1995 von diesem zu seinem Nachfolger als Bürgermeister ernannt. Als Gaullist war Tiberis Karriere von langjähriger lokaler Verankerung und einem ausgeprägten familiären Engagement geprägt, insbesondere gemeinsam mit seiner Ehefrau Xavière Tiberi. Er war auch kurzzeitig Staatssekretär, spielte jedoch hauptsächlich eine Rolle in der Pariser Stadtpolitik und im französischen Parlament. Tiberis Amtszeit als Bürgermeister von Paris war von zahlreichen Skandalen überschattet. Am schwerwiegendsten war die sogenannte „Affäre der falschen Wähler“, in der er und seine Frau beschuldigt wurden, systematisch falsche Wählerregistrierungen organisiert zu haben, um Wahlergebnisse zu beeinflussen. Dafür wurde er 2013 verurteilt. Weitere Vorwürfe betrafen die Nutzung öffentlicher Mittel für private Zwecke und Vetternwirtschaft. Nach seiner Abwahl im Jahr 2001 konzentrierte er sich wieder auf die Lokalpolitik im 5. Arrondissement, wo er bis 2014 Bürgermeister blieb.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,11 Euro

3	8	4	7
0	2	6	5
5		3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

Der Gaspreis in Frankreich sinkt. Der Referenztarif für eine Kilowattstunde (kWh) sinkt ab dem 1. Juni um 5,3 % von 0,1162 Euro auf **0,11 Euro**, wie die Kommission für Energieregulierung mitteilte. Bei einem Standardverbrauch (11 500 kWh) bedeutet dies eine jährliche Einsparung von etwa 70 Euro.